

Die „Freie Welt“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,50 M., für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Streichband bezogen für Deutschland, Polen und Litauen 3,00 M., für das übrige Ausland 3,50 M. für die Postgebühren. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die gebungspaltene Konspirekzelle oder deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Informationsbureau. Kleine Anzeigen: Das feingedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Informationsbureau. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4,50 M., wenn pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das feingedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 34

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Nachflänge zur Abstimmung im Reichstag

Die Meinung der Presse

Der „Vorwärts“ zieht aus dem Ergebnis der gestrigen Abstimmung im Reichstag folgende Lehre:

„Die Regierung und die Parteien, die gestern für sie stimmten und siegen, haben keine Zeit, sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Die harte und schwere Arbeit der Finanzreform muß unerschütterlich in Angriff genommen werden. Für sie ist in interfraktionellen Verhandlungen mit dem bekannten Ergebnis brauchbare Vorarbeit geleistet worden, die auch dadurch nicht unbrauchbar wird, daß die Volkspartei nach der Ernennung Rathenaus zum Außenminister plötzlich ihr sachliches Urteil über sie änderte. Man soll jetzt, nachdem die alte Koalition sich in der schwersten Krise als durchaus leistungsfähig erwiesen hat, nicht gleich wieder mit altem Gerede und alten Vorschlägen zur „Verbreiterung der Koalition“ kommen, sondern an die praktische Arbeit herangehen. Wenn sich bei dieser praktischen Arbeit Parteien positiv und nützlich betätigen, die sich bisher nur durch Redebüchsen und ungeschickte Intrigen hervorgeraten haben — mögen diese Parteien links oder rechts stehen —, dann wird sich organisch und ganz von selbst ergeben, was man mit Ueberredung, Ueberwältigung, Verschwörung und Erpressung vergeblich zu erreichen versucht.“

„Ganz von selbst“ kommt nichts, wie der „Vorwärts“ annimmt. Vielmehr ist dazu eine Politik notwendig, die sich auf das Vertrauen der Arbeiterklasse stützt. Gerade hierin hat es die Sozialdemokratische Partei bisher fehlen lassen. Bei den kommenden Verhandlungen über die Steuerfragen wird es sich bald zeigen, ob die Rechtssozialisten gemeinsam mit dem ganzen Proletariat kämpfen wollen, oder ob, nach dem getrigen Zwischenspiel, durch die Verwirklichung der großen Koalition die Interessen des Kapitals gefördert werden sollen.

In der „Roten Fahne“ kann man lesen:

Aber die Unabhängige Partei hat nur gegen das Vertrauensvotum gestimmt, um Wirth durch ihre Redner das Vertrauen auszusprechen zu lassen. Sowohl Crispian als auch Dittmann erklärten, daß nur die Fassung des Vertrauensantrags es ihnen unmöglich mache, dafür zu stimmen. Dittmann erklärte ganz klar, daß die Unabhängigen mit der Außenpolitik Wirths nach wie vor einverstanden seien, daß sie diese Außenpolitik auch weiterhin unterstützen würden. Dittmann verlegnete seine letzte Reichstagsrede, in der er das Gegenteil behauptet hatte. Eine Unterstützung der Wirthschen Außenpolitik bedingt die stillschweigende Unterstützung aller Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft, die die Erfüllungspolitik der Bourgeoisie bezeichnen. Die Außenpolitik Rathenaus, das ist die Brotverteuerung. Die Erfüllung, das ist das Steuerkompromiß.

Wenn die Unabhängige Partei auf diesem Wege fortfährt, so diskreditiert sie sich selbst in den Augen der Arbeiterschaft. Entweder nimmt die Unabhängige Partei eine dem Willen der Massen entsprechende klare Stellung ein und teilt sich in die proletarische Einheitsfront ein, oder die Existenz der U.S.P.D. ist in Frage gestellt. Denn die gegenwärtige Situation fordert eindeutige Entscheidungen.

Wir möchten der „Roten Fahne“ den dringenden Rat geben, sich zunächst um die Existenz der eigenen Partei zu kümmern, statt ein so lebhaftes Interesse für unser Wohlbefinden zu bekunden. Wenn es im eigenen Hause faulig riecht, so braucht man daraus noch nicht zu schließen, daß auch die andere Welt dem Verderben geweiht sei. Im übrigen: Weiß die „Rote Fahne“ nicht, daß prominente Vertreter der Moskauer Internationale erklärt haben, daß es politisch falsch sei, den Sturz des Kabinetts Wirth im jetzigen Augenblick herbeizuführen?

„Berliner Tageblatt“: „Kaum je war in der innerpolitischen Geschichte Deutschlands ein persönliches Intrigenpiel, das schließend zu einem wüsten Kesselstreben gegen den Kanzler ausgeartet war, so jämmerlich zusammengehoben wie gestern nachmittag. Der Kanzler hatte den Gegner in offener Feldschlacht gestellt und hatte ihn, aus dem hell-dunklen Bereich der Gebärdenpieler und Gesichtenträger, zum offenen Kampfe, Auge in Auge, gezwungen, und siehe da: Sofort stob der ganze Spuk auseinander. Deutschnationale, Deutsche Volksparteier, Unabhängige und Kommunisten in schöner Vereinigung waren geschlagen. Dieses Geschlecht ist hinweg, zerstreut die bunte Gesellschaft: Schiffern und Fischern gehört wieder die wassende Flut. Die Politik der Deutschen Volksparteier hat nämlich Schiffbruch erlitten. All die persönlichen Treibereien und Konfusen sind an dem Willen einer einzigen Parlamentariermehrheit und der ruhigen Festigkeit des Reichskanzlers gescheitert.“

„Börsche Zeitung“: „Wie sich im Laufe der letzten Tage immer deutlicher herausgestellt hat, kam es der Deutschen Volkspartei darauf an, das Ministerium zu stürzen. Die ganze außenpolitische Gegnerchaft gewisser Kreise der Deutschen Volksparteier gegen das Kabinett lagte hinter den Vorwänden als der wahre Beweggrund ihres Handelns hervor. Anders stand naturgemäß die Unabhängige Sozialdemokratie. Sie hatte den Wunsch, das Kabinett aus außenpolitischen Gründen zu halten. Und von ihr war deshalb vorgestern abend der Vorschlag an die Koalitionsparteien ergangen, das Vertrauensvotum so zu fassen, daß es sich nicht, wie sein ursprünglicher Text, lediglich an die Streitvorgänge angeschlossen, sondern die Gesamtpolitik der Regierung zum Gegenstand des Vertrauens machte. Bei den

Koalitionsparteien scheint Neigung bestanden zu haben, diesem Verlangen nachzugeben. Die demokratische Fraktion lehnte dem aber ein entschiedenes Nein entgegen, weil sie darin ein Entgegenkommen an die Unabhängigen und damit die Unmöglichkeit der Herbeiführung der großen Koalition für unabsehbare Zeit sah.“

„Die Zeit“: „Wirths stille und tiefe Liebe zu dem linken Flügel der Sozialdemokraten, den Unabhängigen, dürfte in diesen Tagen einige Stöße erlitten haben, denn so gering schämen wir sein politisches Verständnis wirklich nicht ein, daß er nicht einzusehen vermöchte, daß ein Bündnis mit den Crispian und Dittmann eine Höllenfahrt des Staates bedeuten würde. Und wenn, vielleicht aus Anlak, nicht infolge der heutigen Abstimmung, der Breitscheidtsche Flügel der Unabhängigen seine lang gewünschte Verbrüderung mit der Mehrheitssozialdemokratie vollziehen würde, so würde das die Mehrheitssozialdemokratie zwar an Zahl stärker machen, aber ihren Wert für eine aufbauende Regierung nicht erhöhen, sondern infolge ihrer Radikalisierung vermindern. Und Rathenaus Tätigkeit in Genoa würde durch einen solchen Zuwachs zur Regierungspartei sicherlich nicht erleichtert werden.“

„Germania“: „Die Opposition um jeden Preis wird weiter schreien, dieser Sieg sei kein Sieg, die Mehrheit reiche nicht aus zur Fortführung der Politik. Solchem Einwurf hält man am besten die Tatsache entgegen, daß im ersten Reichstag der deutschen Republik bisher noch keine Regierung über eine ausgesprochene Mehrheit verfügt hat. Alle bisherigen Kabinette waren Minderheitsregierungen, auf die stillschweigende Unterstützung der Flügelparteien angewiesen. Zum ersten Male hat der Reichstag einer Regierung positiv gesagt, daß er ihre Politik billigt. Wenn bisher unter solchen Umständen regiert wurde, so kann sich doch sicher eine Regierung halten, die sich, wie bei unseren jetzigen politischen Verhältnissen besonders bedeutungsvoll ist, auf eine Mehrheit stützen kann. Insofern ist Klarheit geschaffen, und man sieht, wie recht der Reichskanzler hatte, als er am Samstag voriger Woche entschlossen den Stier bei den Hörnern faßte.“

„Deutsche Tageszeitung“: „Hat sich somit der Kanzler, nur mit Hilfe der Unabhängigen auf seinem Posten gehalten, so wird seine Politik in Zukunft noch mehr als bisher sich auf einem Wege befinden, den wir mit weiten Schichten des deutschen Volkes für den Weg in den Abgrund halten. Er wird von diesem Wege nur schwer abweichen können, da die U. S. P. sicherlich immer und immer wieder für ihre Unterstützung die Rechnung präsentieren wird. Außenpolitisch bedeutet dieser Weg die Fortsetzung der Erfüllungspolitik, über deren Be- und Beurteilung wir kein Wort mehr zu verlieren brauchen. Innenpolitisch bildet der Sieg des Reichskanzlers den Beginn einer neuen Schwächung der Staatsautorität zugunsten des linksradikalen Parteiterrors und auf Kosten des Bürgeriums. Mögen sich auch vielleicht infolge der zwiespältigen Haltung der Unabhängigen in dieser Partei neue Differenzen ergeben, so kann man doch über die Entwicklung unserer Politik nicht mehr im Zweifel sein.“

Die Abstimmung der U.S.P.D.-Reichstagsfraktion

Da die „Rote Fahne“ und der „Vorwärts“ über die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth unrichtige und zum Teil wesentlich falsche Angaben machen — die „Rote Fahne“ schreibt z. B.: „Während der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung Wirth waren 24 Unabhängige im Saale nicht anwesend und haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt; sie wurden aber im Hause gesehen“ — so sei hier das genaue Ergebnis der Stimmabgabe der Abgeordneten unserer Reichstagsfraktion mitgeteilt.

Gesetzt haben folgende 12 Abgeordnete, die zum Teil krank und zum Teil durch andere unauflösbare Geschäfte am Erscheinen verhindert waren: Brandes (der einer Sitzung des Beirates des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart beiwohnte), Dittmann (konnte aus den gleichen Gründen nicht an der Abstimmung teilnehmen), Lipinski, Mertel, Dettinghaus (ist als Angestellter des Metallarbeiterverbandes durch eine große Lohnbewegung von 35 000 Metallarbeitern in Geyersberg, rhein-westf. Industriegebiet, festgehalten), Raute, Rißau, Rüssel, Tony Sender (Genossin Sender ist seit Monaten krank und weilt zur Kur in der Schweiz), Bogtherr (durch die parteipolitische Situation in Braunschweig festgehalten), Frieda Wulff, Anna Ziegler (liegt im Krankenhaus).

Mit Nein, d. h. gegen das Vertrauensvotum, stimmten die folgenden 36 Abgeordneten: Lore Agnes, Albrecht, Aufhäuser, Bedmann, Bod, Bruchardt, Crispian, Dittmann, Adolf Ged, Hente, Wirth, Hoffmann, Horn, Hüttmann, Karsten, Kuhnt, Kunert, Künzler, Ledebour, Löwenstein, Ludwig, Mehlhoff, Mittwoch, Dr. Moser, Anna Kemig, Pieper, Rosemann, Kurt Rosenfeld, Sauerbrey, Schirmer, Schwarz, Seidel, Simon, Soldmann, Voh, Mathilde Wurm, Zubeil.

Ueberhaupt keinen Stimmzettel abgegeben haben die nachstehenden 14 Abgeordneten obwohl sie in der Sitzung oder im Reichstag zugegen waren: Breitscheid, Breunig, Brühl, Ernst, Fleißner, Herx, Jädel, Marie Karz, Koyke, Puchta, Seger, Staab, Unterleitner.

Genosse Dittmann bedauerte in einem an die Reichstagsfraktion gerichteten Briefe, an der Sitzung nicht teilnehmen zu

können. Er hätte mit Nein gestimmt, d. h. das Vertrauensvotum abgelehnt.

Bei den anderen Parteien verlief die Abstimmung folgendermaßen: 107 Sozialdemokraten stimmten mit Ja, 1 Abgeordneter, Seemann, fehlte wegen Krankheit. Beim Zentrum stimmten 66 Abgeordnete mit Ja, gefehlt haben die Abgeordneten Dr. Bell, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, General Dr. Weisser, Frau Teusch. Bei den Demokraten stimmten 38 Mann mit Ja, es fehlten Staatspräsident von Hildebrandt (Württemberg) und Dr. Schiffer (s. St. in Genf). Ja-Bettel gaben ferner ab drei Hannoveraner, 2 Bayerische Volksparteier, 4 Bayerische Bauernbündler.

Mit Nein haben gestimmt 67 Deutschnationale, 66 Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, 35 Unabhängige und 23 Kommunisten. Enthaltene haben sich 16 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei. Gesetzt haben 4 Deutschnationale: Arnstadt, Haag, Neuhaus-Düßeldorf, Graf v. Kanik, fünf Vertreter der Deutschen Volkspartei: Dr. Heinze, Keubler-Böhm, Dr. Quack, von Kummer, Spehler, 1 Hannoveraner: Dr. Graf von Bernstorff (Hannover), 2 Bayerische Volksparteier: Dr. Mayer (Botschafter in Paris) und Schwarzer, 3 Kommunisten: Düwel (der sich an der Abstimmung nicht beteiligt hat), Gardt und Frau Jettin (zurzeit in Moskau).

Der ostpreussische Regentkessel

Ein Unfall Severings?

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Vor etwa vier Wochen hat sich der preussische Innenminister Severing auf eine ostpreussische Inspektionsreise nach Königsberg begeben. Er wollte in der deutchnationalen Provinz ein politisches Großereignis veranstalten, er wollte aufräumen mit vielen Mißständen und, wenn möglich, die reaktionären Umtriebe mit der Wurzel ausreißen.

Kuhte es schon ein wenig merkwürdig anmuten, daß der Minister diese Reise so ganz im geheimen unternahm, daß man nicht, wie das doch sonst so üblich ist, durch das offizielle Wolffsche Telegraphen-Bureau davon benachrichtigt wurde, so berührte es aber höchst befremdend, daß kurz vor der Ministerreise der demokratische ostpreussische Oberpräsident Siehr, der erzkonservative Freiherr von Gahl, der Ostpreußen im Staatsrat vertritt und seit langem darauf lauert, Oberpräsident von Ostpreußen zu werden, sowie andere Großen und Großen der Provinz beim Minister Severing zur Konferenz erschienen.

Was war geschehen? Der Minister hatte, wenn wir recht unterrichtet sind, den zuständigen Stellen in Königsberg mitgeteilt, daß er zu einer Art Generalrevision kommen werde. Flugs war dem Herrn Siehr und den andern das schöne Herz in die Hosen gefallen, sie eilten nach Berlin, um den Minister davon zu überzeugen, daß alles nicht so schlimm sei, daß alles aufgebaut, vergrößert und vergrößert werde. Ob den schlauen Herren ihr feiner Plan gelungen ist, wissen wir nicht.

Minister Severing fuhr nun zwar trotzdem nach Königsberg. Ein Resultat aber scheint er von seiner Reise nicht mitgebracht zu haben, auch ihn scheint man ganz gehörig „eingewidelt“ zu haben, wie andere Minister vor ihm auch, worüber sich dann allemal die Drahtzieher in Ostpreußen vernügt ins Häuschen gelacht haben. Doch halt, nein, ein Resultat hat diese Ministerreise doch gehabt, ein höchst eigenartiges Resultat. Gerade als der Minister in Ostpreußen weilte, wiesen Berliner Pressestimmen darauf hin, wie blamabel es sei, daß August Winnig, ein Held des Kapp-Putschs, noch immer die Pension als Oberpräsident beziehe, daß Kapps Rittergut Wilzen sich noch immer in den Händen von Kapps Sohn befinde und daß endlich die ostpreussische Landschaft der Frau Kapps das Gehalt ihres Mannes bezahle, alles Gelder, die nach Schweden in die Taschen des landesflüchtigen Hochverrätters gehen. Darauf kam ein sogenanntes Dementi der amtlichen preussischen Pressestelle, das so sonderbar ausfiel, wie vielleicht noch nie ein Dementi ausgeschaut hat. Dieses Dementi stellte nämlich fest, daß das Rittergut Wilzen sich in verwahrlostem Zustand befand, daß infolgedessen ein Pfleger in der Person von Kapps Sohn habe bestellt werden müssen, daß dieser bedauernswerte Mann, weil er sonst nicht auskomme, jährlich 6000 Mark (!!) Zuschuß und Naturalien (!!) erhalte und daß endlich die Frau Kapps das Gehalt des Mannes von der ostpreussischen Landschaft erhalte, die eine private Körperschaft sei, und daß der Staat diese Gehaltszahlungen daher nicht verbieten könne. Zu diesem famosen Dementi ist folgendes zu sagen: Das Rittergut Wilzen befand sich absolut nicht in einem verwahrlosten Zustand. Ganz im Gegenteil, denn Kapp war ein vorzüglicher Landwirt. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer allerdings, dessen Vorsitzender, Dr. Brandes, im Vorstand des gefährlich reaktionären Heimathundes sitzt, hat den lamentablen Zustand von Wilzen beurlundet. Herr Siehr aber hätte sich durch eine Besichtigung des Gutes leicht und schnell vom Gegenteil überzeugen können.

Soll nun wirklich dieses Dementi das einzige Resultat der ostpreussischen Inspektionsreise des Herrn Severing sein und bleiben? Soll es niemals ein Ende nehmen mit dem reaktionären Treiben, mit dem Hehen gegen die Rea

publik in Ostpreußen, mit der Maulwurfs- und Minierarbeit hinter den Kulissen zum Schaden nicht nur der Provinz, sondern des ganzen Reichs? Hat der Minister, als er in Königsberg war, keine energischen Schritte unternommen zur Auslösung der ostpreußischen Feuerwehr, die, wie hier vor einiger Zeit ausgeführt worden ist, weiter nichts anderes bedeutet als das Fortbestehen der auf Befehl der Entente angeblüh und nur scheinbar aufgelösten Orts- und Einwohnerwehren? Hat sich der Minister von sachverständiger Seite nicht Bericht erstatten lassen über die vielen noch immer in Ostpreußen verborgen gehaltenen Waffen? Hat er nichts unternommen davon, daß bei großen Bränden Königsbergs in den letzten Monaten die auf den Böden von Häusern und Kasernen liegende Munition mit in die Luft geflogen ist? Hat er nichts unternommen, um die Macht des Heimatbundes zu brechen, und hat er nicht nachgefordert, inwieweit der Heimatbund ein Interesse hat an den Schwarzaffen? Hat sich der Herr Minister nicht darum gekümmert, ob und wie viele Munition, leichte und schwere Maschinengewehre auf den großen Gütern Ostpreußens versteckt gehalten werden? Ist der Minister nicht mit harter Faust dazwischengeschritten, und will er die Schweinerei weiter dulden, daß die Herren Regierungspräsidenten, die paar demokratischen Landräte boykottieren und auf alle Weise schikanieren?

Ostpreußen ist neben Bayern immer noch der stärkste Gefahrenherd der Republik. Dort einmal Ordnung zu schaffen, die unumkehrbare Herrschaft der Junker zu brechen, das ist eine Aufgabe, die dringend der Lösung harret und in den Vordergrund der preußischen Politik gestellt werden muß.

Die Einigung über Oberschlesien

Verhandlungsbeginn in Genf

Bei der Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf, führte der Präsident Calonder aus, daß möglichst eine direkte und völlige Einigung zwischen beiden Parteien erzielt werden möchte, unter Vermeidung des sonst notwendigen Einschaltens des Präsidenten. Eine solche vollständige Einigung hält Calonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberschlesien für möglich. Er betrachtete das Problem unter dem Gesichtspunkte der praktischen Interessen beider Staaten, und da habe er die Überzeugung gewonnen, daß zwischen den beiden Ländern keine Interessengegensätze bestehen, die so groß seien, um eine Einigung unmöglich zu machen. Im Gegenteil, wenn beide Regierungen durch das Abkommen das Wohlergehen der ober-schlesischen Bevölkerung auf der Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit sichern wollten, dann liege die gemeinsamen Interessen so groß und die einzelnen Gegensätze so bedeutungslos, daß sich eine vollständige Übereinstimmung ergeben müsse. Die völlige Einigung, führte Calonder weiter aus, sei nicht nur im Interesse der ober-schlesischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen wünschenswert, denn durch das Abkommen sei eine neue Ära eröffnet. Er sagte weiter, es wäre ein gewaltiger moralischer Gewinn und eine große Ermutigung für alle Beteiligten, wenn das Abkommen zu einer ersten Rundgebung des Friedensgeistes, der Versöhnung und gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und Polen werden könnte.

Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten schlossen sich den Wünschen des Präsidenten an. Reichsminister a. D. Schiffer erklärte sich mit den moralischen Grundlagen der Verhandlungen, die Calonder skizzierte hatte, einverstanden, aber wichtige Fragen seien noch zu regeln. Die deutsche Regierung werde jedenfalls alles tun, was in ihrer Kraft stehe, um zu einer Einigung zu gelangen zum Wohle Oberschlesiens und innerhalb der durch die materiellen und weltlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes gezogenen Grenzen. Aber es dürfe bei den Verhandlungen niemals vergessen werden, daß es sich neben Oberschlesien auch um die Beziehungen zwischen beiden Nationen handle. Der polnische Bevollmächtigte Dłuzowski wies darauf hin, daß noch wichtige Fragen zu erledigen seien, und erklärte, daß die Beruhigung der Geister in Oberschlesien die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Polen anbahnen werde.

Wenn der Geist der Versöhnung und des Ausgleichs, der aus allen diesen Reden herausfließt, schon früher die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen beherrscht hätte, so hätte schon längst ein beide Seiten zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden können. Nunmehr darf es aber nicht bei schönen Reden bleiben, sondern darüber hinaus muß endlich ein vollkommenes Einverständnis, vor allen Dingen in den wirtschaftlichen Fragen, zwischen Deutschland und Polen erzielt werden. Die beiden Länder sind als Nachbarn aufeinander angewiesen, und es liegt im Interesse des einen, daß er für die Lebensnotwendigkeiten des anderen Verständnis zeigt. Daher darf es mit der hoffentlich bald zu erwartenden Einigung in Oberschlesien nicht sein Bewenden haben, sondern darüber hinaus muß das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen so geregelt werden, daß für Mißtrauen und Feindschaft kein Platz mehr ist.

Um was es ging

Ueber die Frage: Was will die Volkspartei? verbreitete sich der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Gildemeister in einer Hamburger Versammlung, in der er laut „Berliner Lokalanzeiger“ folgendes ausführte:

„Ganz falsch hat man es so dargestellt, als ob wir durch unsere Mitwirkung beim Steuerkompromiß in das Kabinett hineingewollten. Nein, neben persönlichen und sachlichen Garantien müssen wir darauf bestehen, daß eine grundlegende Umänderung in dem Kurse unserer Außenpolitik eintritt. Aus diesem Grunde ist auch unser Mißtrauensvotum erwachsen. Die Deutsche Volkspartei dürfte sich nicht einlassen in kleine Kompromisse, sondern wir müssen vorangehen und aus einer Partei eine nationale Volksbewegung schaffen, die bereit ist, die uns angetane Schmach von uns abzuwälzen.“

Herr Gildemeister hat in seiner Rede ausgesplaudert, was die kühneren Elemente nur hinter verschlossenen Türen zu sagen pflegen.

Die Flucht des Oberleutnants Dithmar

Auf die Kleine Anfrage der Kommunisten über die Flucht des Oberleutnants Dithmar aus dem Strafgefängnis Raumburg hat der preußische Justizminister folgende Antwort erteilt:

Dithmar war im dritten Stockwerk des Gerichtsgefängnisses in Raumburg in Einzelhaft untergebracht. Die Innenhöfe wurden in der Nacht von 2 Strafanstaltsbeamten begangen, von außen patrouillierten in etwa einhundert Zwischentüren Beamte der Schutzpolizei um die Gefängnismauer. Nach Auffassung des Vertreters des Oberreichsanwalts, der das Gefängnis am 22. Dezember 1921 besucht hat, sind damals die Sicherungsmaßnahmen durchaus ausreichend gewesen.

Die Flucht ist in der Zeit von 1—1.30 Uhr nachts ausgeführt, nachdem die Innenhöfe zuletzt um ¼ vor 1 Uhr und die Außenmauern um 5 Minuten von 1 Uhr abgegangen worden waren. Dithmar hat mit 4 Stahlgäßen, deren Herkunft noch nicht ermittelt ist, das Gitter seiner Zelle durchdrungen, sich dann an einem aus Bettzeug und Bindfäden selbstgefertigten Strick herabgelassen und ist mit einer Leiter und einem Seile, welche die Bestreiter herbeigeschafft hatten, über die Mauer entwichen.

Bisher liegen keine Anhaltspunkte für ein Verschulden eines Strafanstaltsbeamten vor. Ein bestimmteres Urteil läßt sich erst nach Abschluß der eingeleiteten Ermittlungsverfahren, die mit Nachdruck betrieben werden, abgeben. Die Kriminalpolizei verfolgt mit besonderen Beamten alle Spuren, die auf Fortschreitungen gegen ein Entkommen Dithmars ins Ausland getroffen.

Die Suche nach den Erzbergermördern

U. Budapest, 16. Februar.

Wie verlautet, sind die deutschen Kriminalbeamten, die hier weilten, um nach den Mördern Erzbergers zu fahnden, ohne positives Ergebnis wieder abgereist. Festgestellt ist allerdings, daß Schulz und Lillessen sich in Budapest aufgehalten haben. Ihre Spur führt nach Temesvár. Die Nachforschungen werden fortgesetzt, doch nimmt man an, daß die Mörder Ungarn bereits mit ungarischen Pässen unter falschen Namen verlassen haben.

zu leisten, und die Verpachtung der Mitgiftsteuer brachte schon im Jahre 1290 3000 Lire ein.

Umsatzsteuern, die zwischen 1 pro 1000 und 1 pro 100 schwankten, brachten große Summen ein. Besonders unerträglich war die Steuer auf Mahlmühle. Die Lodeninhaber mußten eine besondere Gebühr für das öffentliche Auslegen ihrer Waren, also eine Schaufenstersteuer, zahlen, eine weitere für jedes Sonnenschuttdach. Die Erwerbsstände waren in 73 Gruppen eingeteilt, die in verschiedene Steuerklassen zerfielen. So mußten z. B. der Arzt, der Richter, der Wechsell, der Schneider 2/3 Prozent von ihren Berufsnehmungen abgeben. Selbst das Reinigen der Wäsche wurde 1319 besteuert, und den „Müßigen“ war eine Auflage zugebracht, die den hohen Jahresertrag von 12 000 Goldfloren lieferte. Die Vermögenssteuern wurden immer mehr ausgebaut. Während man noch 1253 mit 1 Prozent der Einkünfte auskam, waren es 1289 schon 3 Prozent, und im Anfang des 14. Jahrhunderts stieg der Prozentsatz bis auf 35 Prozent. Die Schätzungssumme bedeutete aber nicht das ganze Vermögen, so daß selbst in den schlimmsten Zeiten doch nur 2 1/2 Prozent der gesamten Habe abgegeben wurden.

Zurechtbar hart war die Art der Steuereinzahlung. Ein säumiger Zahler, der nach der Mahnung nicht innerhalb einer Woche zahlte, mußte den doppelten Betrag leisten. Pfändungen wurden mit äußerster Schärfe vorgenommen; ja, es durften sogar die Wohnungen säumiger Steuerzahler niedergehauen und beschlagnahmt werden. Wer nicht seine Steuern gezahlt hatte, durfte nicht auf die Hilfe der Gerichte rechnen, konnte zu keinem Amt zugelassen werden und wurde sogar den „Rebellen“ gleichgestellt.

Alle diese Maßnahmen halfen aber dem Florentiner Staat doch noch auf keinen grünen Zweig, und so schritt man denn schließlich zu Zwangsanleihen. Obgleich die Rückzahlung dieser Anleihen ausdrücklich bestimmt war, unterblieb sie doch fast stets. Die Anleihen waren zuerst von bescheidenen Höhe; doch wurden 1226 im März 50 000 Goldfloren und im August 60 000 Goldfloren aufgelegt, also in fünf Monaten 1 1/2 Millionen Lire moderner Währung. Auch reiche Einzelpersonen oder wohlhabende Verbände bedachte man mit solchen Anleihen. Aus diesen Zwangsanleihen entwickelte sich dann im Laufe des 14. Jahrhunderts ein freiwilliges Anleihegeschäft mit Verzinsung, das mit der Entwicklung des Bankwesens immer weiter ausgebildet wurde.

Paul Scheinplugs „Hofkonzert“ (Erstaufführung im Deutschen Opernhaus). Heinrich Ignaz Franz Biber hat sich mit der Umarbeitung seiner „Kammermusik“ zum Opernbrette unter dem neuen Titel „Hofkonzert“ einen wenig glücklichen Dienst erwiesen. Der belächelnde Schauspieler, der im Lustspiel als doppelbogigtes Phänomen eine gewisse Anziehung ausübt, ver-

Die deutschen Zahlungen

London, 16. Februar.

„Daily Telegraph“ berichtet, daß die im Obersten Rat vertretenen Regierungen ein vorläufiges Übereinkommen über die Methode der Behandlung der deutschen Reparationen im laufenden Jahr erzielt zu haben scheinen. Die Festsetzung des Umfangs und des Zeitpunktes der Zahlungen und der Lieferungen in Waren, soll der Reparationskommission überlassen werden. Die Annahme dieses Vorschlages Poincarés durch die Alliierten Frankreichs sei jedoch Bedingungen unterworfen, deren Ergebnis die Aufrechterhaltung der Grundzüge des in Cannes ausgearbeiteten vorläufigen Übereinkommens sein werde. Wenn daher die Reparationskommission zugunsten eines Teilmoratoriums für Deutschland Beschluß fassen sollte, so würde die Verteilung der dabei für die verschiedenen Alliierten entfallenden Opfer auf der in Cannes festgelegten Grundlage erfolgen. Außerdem sei man der Ansicht, daß es Sache der alliierten Regierungen und nicht der Reparationskommission sei, die Einzelheiten der Zuweisung der Reparationsbeträge an die Alliierten zu regeln.

Italien will den 8. März

Genève, 16. Februar.

Der italienische Botschafter in London, De Martino, begab sich gestern ins Auswärtige Amt, um Lord Curzon die Versicherung abzugeben, das Kabinett Bonomi habe nicht allein nicht die Absicht, eine Vertagung der Konferenz von Genua zu fordern, sondern beschlossene Sache zu tun, damit die Konferenz an den vorgesehenen Zeitpunkt des 8. März stattfinden könne.

Schwierigkeiten der französischen Sachverständigenkonferenz

Genève, 16. Februar.

Die französischen Sachverständigen für die Konferenz von Genua traten gestern nachmittags von 2—5 Uhr zu ihrer ersten Beratung zusammen. Ursprünglich sollte auch Poincaré der Sitzung beiwohnen, an der dann die Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Sachverständigen Delegation bei dem Völkerbund, des Arbeits-, Handels- und Finanzministeriums, sowie Herr Schneid, der von der Firma Schneider-Creusot, der ehemalige französische Botschafter in Petersburg Kasalant nobis je einem Vertreter der Vereinigung französischer Hüttenwerksbesitzer und Kohlenwerksbesitzer teilnahmen. Die französische Gruppe der internationalen Handwerker war durch Pascalis vertreten. Der „Deure“ glaubt mitteilen zu können, daß sich bei den Beratungen der Sachverständigen große Schwierigkeiten ergeben haben. Man habe sich daher auf einen allgemeinen Gedanken austausch beschränken müssen sowie auf die Durchberatung der Festsetzung einer Arbeitsmethode. Die bereits vorgesehenen vier Unterkommissionen wurden gebildet, daneben aber noch eine besondere Kommission für die russischen Fragen. Die Beratungen der französischen Sachverständigen werden etwa 8 Tage dauern, worauf eine ergänzende Beratung mit den alliierten und eventuell auch anderen Sachverständigen folgen soll.

Die Angoraregierung will nach Genua

London, 16. Februar.

„Times“ meldet aus Konstantinopel: Infolge des Ausschlusses der Türkei von der Genuefer Konferenz, teilte Mustafa Kemal Pascha mit, daß die Angoraregierung sich weigern würde, irgendwelchen Beschlüssen, die auf dieser Konferenz bezüglich der Türkei gefaßt werden sollten, zuzustimmen, wenn die türkische Delegation nicht zu der Konferenz zugelassen werde.

Der „Schlesische Adler“. Der Minister des Innern weist darauf hin, daß der sogenannte „Schlesische Adler“, das von Führern der Reichsmehr gestiftete und verleierte Bewährungsabzeichen für Persönlichkeiten, die bei den ober-schlesischen Kämpfen beteiligt waren, unter diejenige Kategorie fällt, deren Tragen den Beamten der Schutzpolizei verboten ist.

Eine internationale Sanitätskonferenz beruft auf Antrag des Sekretariats des Völkerbundes die polnische Regierung zum 12. März nach Warschau ein. Einladungen hierzu sind an 20 Staaten abgegangen, darunter in erster Linie an solche, die von den Epidemien in den russischen Hungergebieten am meisten bedroht sind.

Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Repräsentantenhaus die Verlängerung der zur Zeit geltenden Einwanderungsbestimmungen bis zum 30. Juni 1923 beschlossen.

Die Steuerschraube im Mittelalter

Wenn jetzt die Steuern von allen Ecken und Enden auf uns eindringen und wir vor den Lasten gar nicht aus und ein wissen, so glauben wir wohl, daß so hart wie bei uns noch nie bei einem Volk die Steuerschraube angezogen worden sei. Dies ist aber ganz unrichtig; der Mensch des Mittelalters mußte noch viel schwerer unter Zöllen, Steuern und sonstigen Abgaben. Ein sehr beachtenswertes Beispiel für diese „Steuerscheiberei“ früherer Tage bietet die Geschichte der Florentiner Kultur, der der bekannte Geschichtsschreiber von Florenz, Robert Davidsohn, in dem sechsten Teil des vierten Bandes seiner grundlegenden „Geschichte von Florenz“ eine außerordentlich inhaltsreiche Darstellung widmet. In diesem Bande, der „innere Antriebe, äußere Einwirkungen und politische Kultur“ behandelt, werden Verfassung und Verwaltung sehr ausführlich geschildert, und dabei erfahren wir auch Genaueres über die Finanzen von Florenz, die durch jahrhundertliche Kriege immer wieder stark erschöpft wurden. Man suchte daher durch immer neue Zuschläge auf die Zölle die laufenden Einnahmen zu erhöhen. Aber das genügte nicht, und so mußte man zu den mannigfaltigsten Steuern greifen. Da gab es z. B. eine Schlaftsteuer, die 1339 nach modernem Wert 53 000 Lire abwarf. Die Abgabe auf Korbanen der Häuser und auf überhängende Geschosse trug (gleichfalls für heute umgerechnet) 86 000 Lire ein; die Meißelsteuer von 3 1/2 Prozent ergab die geringe Summe von 50 000 Lire, weil die Wohlhabenden in eigenen Häusern wohnten und die Mieten im allgemeinen niedrig gehalten waren. Eine besondere Steuer auf private Friedenschlüsse mußte von denen bezahlt werden, die nach Valgerien sich untereinander wieder vertragen und daher für etwaige Körperverletzungen vom Staat nicht bestraft wurden. Diese Steuer brachte sehr viel ein, und es wurde dann noch eine Steuer der Schlüßgerien mit leeren Händen erhoben, wobei es sich also um Prügelstrafen ohne irgendwelche Waffen handelte. „Man kann sagen“, schreibt Davidsohn, „daß außer Luft und Wasser zuletzt ziemlich alles gebührenpflichtig war, und neben den allgemeinen Aufzügen erfuhr überdies jeder Besitz, jede menschliche Tätigkeit eine besondere Belastung durch Erwerbssteuern. So mußten von Weibern, Fruchtgärten und Weinbergen, wenn sie sich innerhalb einer gewissen Zone vor dem Mauern der Stadt befanden, weil sie dann besser nutzbar waren, eine erhöhte Abgabe entrichtet werden; jede Delphesse war registriert und besteuert, beim Umsatz von Immobilien, auch bei deren Verpfändung, waren 1 1/2 Prozent vom Wert, von allen Mitgiftten, auch den bescheidensten waren 1 1/2 Prozent als Abgabe

fiert im Opernspiel als jugender Sänger jeglichen Reiz. Was zur Vertonung übrigbleibt, ist deutschbürgerliches Lustspiel in üblicher Bedeutung. Scheinplugs Musik trägt nicht die Würde in sich, um zu pomptieren; zur ländernden Spielerei aber fehlt ihm jegliche Ursprünglichkeit. Bombastischer Schwulst wechselt mit operettenscharfer Geißelheit. Keine einzige Melodie, die nachklingt; die Orchesterbehandlung ist höchst mittelmäßige Rollenfavorit-Instrumentation. Es gibt nichts Goldschmiedesonderes als eine betrugliche stillose, physiognomielose Konzeptionsweise, die im Deutschen Opernhaus einen besonders günstigen Nährboden zu finden scheint. Fritz Windisch.

Eine französische Jahrhundert-Ausstellung. Eine große Uebertreibung über ein Jahrhundert französischer Malerei, die an unsere Jahrhundert-Ausstellung vom Jahre 1905 erinnert, wird im März in Paris eröffnet werden. Die Ausstellung, die den Titel führt: „Von Ingres bis zur Gegenwart“, soll die bedeutendsten Werke der Malerei in dem Jahrhundert von 1820—1920 umfassen. Die Organisation liegt in den Händen der beiden Maler Jacques Blanche und André Choite, also eines Meisters der alten und eines der neuesten Richtung; sie werden von einer großen Anzahl von Kunstfreunden bei der Auswahl unterstützt. Der Ertrag der Ausstellung soll dazu verwendet werden, um französische Gemälde für das Straßburger Museum zu erwerben.

Aus dem Berliner Aquarium. Trotz aller Schwierigkeiten und der hohen Kosten gelangten einige Neueingänge in das Berliner Aquarium. So sind in dem großen Seeaquarium, das die eheliche Karerfischbrücke beherbergt, 2 Diamantschildkröten aus Südamerika, Malococemmys palustris, ausgestellt, die ihrer herrlichen Zeichnung wegen zu den schönsten Schildkröten der Welt gehören. Im selben Behälter sind auch vier tropische Korallenfische, Scaenophagus argus, untergebracht. Ihre wegen mußte das mehrere Kubikmeter fassende Becken eigens gebohrt werden. Die zusammengebrachten hoch gebauten Korallenbewohner fallen besonders durch ihre eigenartige, stielartige Schwimmbeweise auf.

Von der Triester Küste gelangte eine Anzahl prächtiger Wachsrofen, Annonia sulcata, in das Aquarium. Die festhängenden Seezooen, die in ihrem inneren Bau einen hohen Grad — daher auch der Name Hohlrofen — darstellen, haben prächtige, lila gefärbte Fingerringe, die mit Kesselflächen geladen sind. Die Röhren geschloße dienen zur Lüftung ihrer Beutetiere, die aus kleinen Fischen bestehen. In den tropischen Meeren haben wir verwandte Arten, die auch einen lebenden Menschen gefährlich brennen können. — Mit den Wachsrofen kam eine Anzahl Erdbeeren- und Sonnenrofen, Actinia equina und Halictis ballia, mit, die sich in den kleinen Seeaquarien befinden.

In der Süßwasserabteilung sind junge Kalle ausgefressen. Die Jugendform unseres Kalles ist besonders interessant. Seine Lebensweise ist trotz aller Forschungen noch nicht ganz aufgeklärt. In der Natur bleiben die Kalmännchen dauernd im Meere, nur die Weibchen kommen in das Süßwasser. Im Frühjahr wandern sie dann in das Meer zurück, um in Tiefen von etwa 2000 Metern zu laichen. Die jungen glashellen Larven — daher der Name Glasalle — werden auf hoher See gefangen, und bis vor

Das Beamtenstreikrecht

Genosse Emil Barth schreibt uns:
In der „Roten Fahne“ Nr. 77 beschäftigt sich ein junger Mann mit mehr Wollen als mit meinem in der Nr. 74 der „Freiheit“ abgedruckten Artikel „Einige Bemerkungen“. Der junge Mann glaubt, mir einen dummschläuen Trick unterstellen zu müssen, indem ich der Frage des Streikrechts der Beamten a u s g e w i c h e n sei. Ich muß schon sagen, es ist mehr als dummschlag, mir deraufliegendes unterstellen zu wollen. Ich habe klar in meinem Artikel zum Ausdruck gebracht, daß für jeden Gemeinlichkeitsarbeiter das Streikrecht der Beamten selbstverständlich sein muß und nur daran anknüpfend erklärt, daß ich es allerdings im Interesse der einheitlichen Kampfgeschlossenheit für richtig erachtete, wenn alle Beamtenprivilegien abgeschafft und sämtliche als Beamten Tätige unter freiem Angestelltenvertrag angefaßt werden würden.

Kun unterstellt mir der junge Mann, daß ich mich durch diese Forderung der alten sozialistischen Forderung entgegen gestellt hätte, daß die Existenz eines jeden arbeitenden, arbeitswilligen oder arbeitsunfähigen Mitgliedes der menschlichen Gesellschaft zu sichern sei. In der Generalversammlung der Betriebsräte habe ich zu dieser Frage eingehende Ausführungen gemacht und dargelegt, daß es ganz besonders auch im Interesse der Sozialpolitik liegt, deren Ausbau so zu gestalten, daß allen Erwerbsbeschränkten, Erwerbsunfähigen, Altersrentnern, Witwen und Waisen ein Existenzminimum geboten werden kann. Alle Besitzberechtigungen müssen beseitigt werden so daß alle im Lande Wohnenden an der Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung gleichmäßig interessiert sind. Wenn der junge Mann im Aufruf seiner Brotagabe sich dann im Schwelche seines Angesichtes abmüht, um zu beweisen, daß die heutigen unteren und mittleren Beamten zu den am schwersten hungernden Proletariats gehören, ihre Pensionen, um deren Willen sie ihr Erbtgutrecht veräußern, äußerst minimal sind, und es darum notwendig sei, daß sie den Arbeitern und Angestellten zum gemeinsamen Kampfe gegen das Kapital, das bei einer eadl. Sinnnehmung sowieso mit ihren Pensionen rechten Luzern Brot machen werde, die Hand reichen, so sind das ja die Gedankengänge meines Artikels und ich verstehe darum nicht die aufgelaufenen und beleidigenden Ausführungen des jungen Mannes in der „Roten Fahne“.

Den Lesern der „Freiheit“ möchte ich nur noch sagen, daß es mir so scheint, daß nachdem man die Parteien zerrissen und bei den Gewerkschaften alles Vertrauen unterminiert hat, man nunmehr glaubt, die Zerfurchung auch in die Betriebsrätebewegung hineinbringen zu müssen, um dann dieses Spiel im letzten Stadium in der Betriebsvertretung zu wiederholen. Wir stehen vor den Neuwahlen der Betriebsräte und im Interesse der Arbeitenden möchte ich zum Schluss die dringende Bitte aussprechen: Laßt Euch bei den Wahlen nicht von politischer Leidenschaft, von der Verärgerung eines Tages leiten, sondern wählt als Betriebsvertretung die fähigsten und gewerkschaftlich geschultesten Kollegen.

Das wahre Gesicht

Zur Charakteristik der Technischen Nothilfe

Die Demaskierung der in jüngster Zeit vielgepriesenen Technischen Nothilfe als eine der nationalpolitischen Kabaletten- und Revanchepropaganda wesensverwandte Erscheinung macht erfreuliche Fortschritte. Revanche für die Revolution ist das Ziel dieser Unternehmung. Wie die nationalpolitischen Eskimen morgewandte Marodeure in bewaffneten Verbänden zur blutigen Rache an der Arbeiterschaft sammeln, so organisieren sie in der Technischen Nothilfe einen zweiten Stöcktrupp, der im Ernstfalle die letzte wirtschaftliche Waffe der Arbeiterklasse, den Generalstreik, unwirksam machen soll. Die Reden, die an den Gräbern der beim jüngsten Streik verunglückten „Nothelfer“ gehalten worden sind, bilden einen neuen Beitrag zur Kennzeichnung dieser Garde. An der Spitze der Redner stand Herr Geheimrat Koethe, ehemals Rektor an der Berliner Universität und ein typischer Repräsentant der „geistigen Leibgarde der Hohenzollern“. Er sagte z. B.:

„Wie in den unvergesslichen Augusttagen des Jahres 1914 an unsere Studenten der Wehrschuß: Burken heraus! So erkläre dieser Ruf auch in diesen Tagen: Burken heraus, und fragt nicht viel, fragt nicht nach Aufständigen und nicht nach Lohn. Hest und arbeit! Dieser alte Ruf hat zuerst einen leichten, dann aber immer härteren Widerhall in unserem Volke gefunden und die Schranken gebrochen, die so viele unserer Volksgenossen in sozialer und politischer Hinsicht getrennt haben.“

kurzer Zeit mußte man noch nicht, daß es sich um junge Mäde handelte. Sie wurden unter einem eigenen Namen beschrieben: Leptoccephalus brovirostris. Man hat bisher erst zwei trachtige Alweibchen gefunden. Die Eier des Aales aber hat noch kein Mensch gesehen. D. z. B.

Der geistige Mondlauf. Bisher hat man angenommen, daß die Wege der Planeten, ebenso auch der Pfade unseres Mondes, nach einem genau feststehenden Gesetz verlaufen. Wie der „Manchester Guardian Weekly“ mittels der Prof. Dickson, der Präsidenten der Londoner Astronomischen Gesellschaft, kürzlich sich über die Tatsache äußert, daß unser Nachbarn dem Gesetze nicht mehr folgt und in den letzten 30 Jahren seine Geschwindigkeit ein wenig erhöht habe. Er glaubt diese bedeutsame Erscheinung darauf zurückführen zu müssen, daß der Mond mit einem Meteor zusammengetroffen sei. Es sei bekannt, äußerte er, daß in der Nachbarschaft der Erde Zusammenstöße zwischen Körpern stattfinden. So beobachtete beispielsweise vor einigen Jahren ein Astronom einen hellen Blitz vor der Sonne, der wahrscheinlich auch die Folge eines Zusammenstoßes zweier Körper war, und vor kurzem beobachtete ein anderer Astronom in der Nähe der Sonne etwas, das ausnahmsweise ein heller Stern. Wahrscheinlich hatte man es auch hier mit einem Zusammenstoße zu tun. Prof. Dickson hält es daher für sehr wohl möglich, daß ein solches Meteor den Mond auf der dunklen Seite trifft so daß wir diesen Anprall gar nicht sehen würden. Derartige Fremdkörper können durchaus mäßig genug sein, um eine geringe Abweichung der Mondbahn zu bewirken.

Die lieben Ketten, ein Theaterbillet zu bekommen. Unter dem Titel „Wie erhalte ich ein Theaterbillet?“ erzählt der bekannte Theaterfachmann Max Epstein in dem von ihm herausgegebenen „Blauen Heft“ dem aufhorchenden Publikum, daß eigentlich nur der ganz Ahnungslose ein Theaterbillet bezahlt. Nach seiner Ansicht etwas übertriebenen Anschauung ist die Art, an die Theaterkasse zu gehen und dort ein Billet zu erwerben, die seltenste. Leute, die noch an den Bahnen der „ausverkauften Häuser“ glauben, bedienen sich eines der vielen Theaterkartenbüros, in denen für die Besorgung eine Gebühr von 2 M. bis etwa 200 M. für das Billet erhoben wird. Zu diesen Vermittlern gehören auch die Hotelportiers, deren Wohlwollen für die meisten Direktoren eine erhebliche Rolle im Budget spielt. Wer irgendwie mit einer einsichtreichen Persönlichkeit bei einem Theater bekannt ist, beschafft sich das Biletts, das in Zeiten schlechter Theaterkonjunktur sehr leicht zu haben ist. Von dieser kostenlosen Art, ein Bilet zu bekommen, führt nur ein Schritt zum Steuerbillet. Der harmlose Besucher glaubt, daß es sich bei dieser sehr verschönernden Steuer von 50 Pf. bis zu 20 M. um eine behördliche Steuer handle. Das ist aber nur zum Teil der Fall. Die Kartensteuer ist gewöhnlich geringer als die, die von dem Direktor auf das Steuerbillet gelegt wird. Die fünfte Art, ein Theaterbillet zu erhalten, erfolgt auf dem Wege des Bon-Verfahrens. Der harmlose Bon-Besitzer erhält einen Zettel, durch den er an der Theaterkasse ein Bilet gegen eine geringe Zahlung bekommen kann. Häufig muß er aber ziemlich viel zahlen, und wenn die Zahl der Bon-Besitzer, die sich an der Kasse drängen, groß ist, dann

Eine erste Morgenrotte einer Einigung des gesamten Volkes scheint aufzubimmern.

In anderer Stelle heißt es in dem Bericht:

„Nach allgemeinem Chorgesang legte der Vertreter der Studentenschaft (Stud. ing. Adameit, während die umföorten Banner der Korporationen sich senkten, das Gelöbnis ab, daß die Studentenschaft wie die im Kriege gefallenen Krieger ihre Pflicht tun würde, daß sie das Vermächtnis der Toten, treu und deutsch zu sein, für die kommenden Geschlechter hüten werde, bis der Tag komme, an dem Deutschland die Slavenketten wieder abschüttelt und das Reich wieder zu alter Macht und Herrlichkeit erhebe.“

Also im Geiste von 1914 lebt die Technische Nothilfe und sie erstrebt, daß „der Tag komme“...! Und so weiter.

Wir warnen noch einmal alle anständigen Menschen.

Ein neuer Eisenbahnerstreik?

Die Massenmaßregelungen

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat gestern am Reichstag ein Flugblatt verbreiten lassen, dessen Wirkung günstiger gewesen wäre, wenn sich das Flugblatt eines ruhigeren Tones beseitigt hätte. Aber die Rundgebung der Reichsgewerkschaft enthält eine schwere Anklage gegen die Regierung, die dem Flugblatt Anspruch auf Beachtung gibt. Ueher den Nachfeldzug Groeners gegen die Eisenbahner heißt es in dem Flugblatt:

„Nach Groener geht kein Streikender ungestraft aus diesem Existenzkampf heraus. Es wurden allein in Frankfurt a. M. über 5000 Beamte gemahrgelagt, in Berlin über 2000, in ganz Deutschland viele Zehntausende.“

So geht es vielleicht noch das ganze Jahr hindurch mit Maßregelungen und verbitternden dienstlichen Degradierungen weiter, um propere Arbeit zu liefern. Dagegen erhalten die Streikbrecher tausend und mehr Mark Belohnung.“

Die Regierung sollte endlich einsehen, daß auf solche Weise der Boden für neue heftige Bewegungen der Eisenbahner bereitet wird, und es fragt sich sehr, ob eine infolge der Massenmaßregelungen neu auflodernde Streikbewegung ebenso schnell und ebenso glimpflich für die Regierung abgehen würde, wie die jüngste. Die Stimmung der gesamten Arbeiterschaft läßt erkennen, daß ein Streik der Eisenbahner zur Abwendung von Massenmaßregelungen die ungeteilte Sympathie der gesamten Arbeiterklasse haben würde.

Nun erscheinen gleichzeitig in zahlreichen bürgerlichen Blättern alarmierende Berichte über neue Unruhen unter den Eisenbahnern. Das „8 Uhr-Abendblatt“ spricht bereits von einem neuen Ultimatum der Eisenbahner. Bei genauem Hinsehen zeigt sich indes, daß sich alle diese Berichte einheitlich nur auf einen Bericht über eine Eisenbahnerverammlung in Eisen beziehen. Die Verammlung hat in einer Resolution gefordert, die Leitung der Reichsgewerkschaft bzw. des Deutschen Beamtenbundes sei zu beauftragen, von der Regierung die bindende Zusage zu verlangen, daß alle Maßregelungen sofort niedergezogen werden.

Aber in Verbindung mit diesem Bericht bringt die bürgerliche Presse in ausführlicher Breite allerlei Spitzgeschichten über kommunistische Propaganda unter den Eisenbahnern. Zwischen gewissen Persönlichkeiten der Reichsgewerkschaft, heißt es da, und der kommunistischen Partei bestehe eine enge Beziehung und die Streikfassen seien neu gefüllt. Die erwähnten Persönlichkeiten machten alle Anstrengungen, „um für die ersten Tage des März eine neue Eisenbahnerbewegung zu inszenieren, die von der R. P. D. gewünscht wird“.

Das alles sieht sehr nach Propalation aus, wobei nur nicht zu erkennen ist, ob die Propalation wirklich in den Reihen der Kommunisten oder bei den Hintermännern der reaktionären Schauerzeitungen bemächtigt. Nach den Erfahrungen mit beiden Gruppen muß man ihnen beiden mancherlei Dummheit zutrauen. Entscheidend muß aber schließlich die Reichsgewerkschaft bleiben, und da sie angeblich heute eine erweiterte Vorstandssitzung abhält, möchten wir nicht veräumen, sie auf den verdächtigen Charakter dieser Pressenachrichten aufmerksam zu machen. Wir haben es während der jüngsten Streikbewegung unterlassen, der

sind plötzlich keine Bon-Karten mehr zu haben, und der ja hoffnungsvoll Erschienene muß entweder unverrichteter Sache nach Hause gehen oder den vollen Kassenpreis entrichten. Die letzte Art, eine Karte zu bekommen, ergibt sich aus der Verpackung von Vorstellungen, wie dies jetzt nicht selten geschieht. Der Wächter sucht zunächst möglichst viele Karten zu normalen Preisen an der Kasse abzulesen, gibt aber dann auch Karten zu billigeren Preisen ab. Der Geschichte wird sich an der inoffiziellen Kasse einfinden, wo er denselben Platz billiger bekommt, als an der anderen. Die siebente Form des Kartenempfangs ergibt sich aus der Zugehörigkeit zu einem Verein, wobei besonders die Vollsöhne ihren Mitsiedern in fast allen Theatern billige Billets zur Verfügung stellt. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte bringen aber mit ihren Arbeitermassen überhaupt erkennlich viel für das Theater auf, und Bühnen ohne zu hohen Etat können sich monatlang mit den Erträgen durchhalten, die sie aus diesen billig abgegebenen Billets erzielen.

Tages-Notizen

Anschließend der U. S. B. D. Lepton-Baumhalsweg. Der Kankaband am Sonntag findet in der Halle des Realgymnasiums, Lepton, statt. Abends um 7 1/2 Uhr abends, 8 1/2.

Der „Schlichte Chor Groß-Berlin“ (M. d. Arb.-So. B.) (Chorleiter Scherz) gibt Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Saalbau der Kaiser Friedrichschule, am Friedrichshagen 16-22, sein 3. Konzert. Programm: Händel, Gluck, Haydn, etc. Besondere russische Vokalstücke. Mitwirkend: das berühmte Singschülerchor. Eintritt incl. Steuer 5,20 M.

Der Chor, der sich bei den proletarischen Veranstaltungen oft zur Verfügung stellt, verdient den Beifall der Arbeiterklasse. Karten sind in der Verbandsleitung „Freiheit“ zu haben.

Uebungsstunden jeden Freitag, abends von 7 1/2-9 1/2 Uhr, in der Halle des Saalbau, Friedrichshagen 16. Aufnahme neuer Mitglieder befreit.

Größe Kollabor. In der „Lohengrin“-Aufführung am kommenden Sonntag nachmittag im Theater des Reichs (Kgl. Kommissar Herr Vogel) (vom Kunstwart Herr Döber) wieder die Teilnahme. Weiter hat beiläufig: Gerlach Wünderhagen (Kgl.), Kommissarin Maria Kautz (Kgl.), Casualis Stasgisch (Kgl.), Wilhelm Kuttmann (Herrlicher) und Thobast Schick (Leitung). Regie: D'Ernst. Dirigent: Broder. Anfang 7 Uhr.

Der Montag, den 6. Februar, ausgefallen 3. Operabend (Wagnerabend) im Maximal ist auf den 28. März verlegt worden. Gefällige Karten gütig.

Größliche Misch. Hans und Agnes Fahrman bringen in ihrem zweiten Abend, Sonntag im Hermannsdenkmal, Steglitzer Str. 33, Berlin aus Uebeln aus Eisenberg, Hildner, Prinz, Hildner etc. und schließlich Hoffmann zu Gehör.

Musikveranstaltungen. Sonntag, 6 1/2 Uhr, wissenschaftliche Vorträge durch Direktoriumsbeamt im Kaiser-Friedrich-Museum (Herder-Museum) (Kgl. Abteilung), im alten Museum (Kgl. Museum), Kgl. Museum (Kgl. Museum für Völkerkunde (Dynamische Abteilung), Kgl. Museum (Kgl. Museum) etc. Beginn am Eingang.

Barock-Musik gegeben. In Paris ist im Alter von 30 Jahren der bekannte Kantabänder Durand-Musik gegeben. Er hat für die Gestaltung der französischen Musik des 18. Jahrhunderts soviel wie wenig andere getan.

Musikabende. Emil Beyer hat in der Galerie Ferdinand Köhler eine Vorstellung seiner großartigen Werke aus den letzten zehn Jahren veranstaltet. Die Aufführung wird am 28. März 1917 eine Anzahl Gemälde, die im letzten Sommer in Norwegen entstanden sind.

Reichsgewerkschaft tatsächliche Ratsschlüsse zu erteilen. Im gegenwärtigen Stadium aber möchten wir sie sehr vor einem neuen isolierten Vorgehen warnen. Wir haben auch Verständnis für die Spannung, die gegenwärtig zwischen den Spitzenverbänden und der Reichsgewerkschaft besteht, aber wir glauben, daß den Eisenbahnern mit einer schnellen Ueberwindung dieser Spannung am besten gedient ist. Eine solche muß möglich sein, wenn sie von beiden Seiten ernsthaft erstrebt wird. Der Kampf der Reichsgewerkschaft gegen die Maßregelungen ist durchaus gerecht und findet unsere volle Sympathie. Er dürfte mit Erfolg nur zu führen sein durch ein gemeinsames Vorgehen aller großen Organisationen der Arbeiterklasse auf Grund einer rechtzeitigen Verständigung und unter Abweisung aller parteipolitischen Einflüsse.

Der Christ und Reichspostminister

Giesberts gegen die unehelichen Mütter

Dem „Vorwärts“ wird aus den Kreisen der Beamtinnen bei der Reichspost geschrieben:

„Mit den „Sittlichkeits“-Anschauungen im Reichspostministerium und im Verband der deutschen Post- und Telegraphenbeamtinnen in der Frage der unehelichen Mütter verhält sich die Postverwaltung schon öfter beschäftigen müssen. Bekanntlich verlangt der Verband, der jetzt schon allgemein als „Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamtinnen“ verfaßt wird, daß jede Beamtin, die uneheliche Mutter wird, erhaltungsfähig und rücksichtslos auf die Strafe gesetzt und mit ihrem Kind der Bewerblung preisgegeben wird, was der christliche Reichspostminister denn auch immer prompt befolgt. Neuerdings hat sich diese famose Organisation aber ein Stückchen geleistet, das allem bisher Dagewesenen die Krone aufsetzen dürfte.“

Auf einem Fernsprechamt in Berlin wird seit drei Jahren eine junge Kriegervitwe beschäftigt, die ebenso wie ihre Kolleginnen Beamtin werden sollte. Bei der Beschaffung der Papiere stellte es sich heraus, daß ihr Kind im Jahre 1915 geboren ist, während die Eheschließung erst im Jahre 1917, gelegentlich eines Urlaubs des Vaters des Kindes, stattgefunden hat. Helle Empörung! Und „Iwas“ soll Beamtin werden? — Der Reichspostminister sollte seine Vorstandsdamen in Bewegung und erregt, daß der Frau, deren Mann im Jahre 1918 gefallen ist, eröffnet wurde, sie sei „wegen unmoralischen Lebenswandels vor der Eheschließung von der Bewerberliste für Beamtinnen gestrichen worden.“

Ist das nun ein Bestandteil der Personalpolitik des Reichspostministers Giesberts oder ein Akt christlicher Nächstenliebe des frommen Giesberts gleichen Namens? Auf jeden Fall erscheint es uns als ein kennzeichnendes Merkmal jener besonderen Vorteile des Beamtendienstverhältnisses, die nach der Auffassung der Regierung und der meisten politischen Parteien die Beamten zu einem besonderen Treueverhältnis zum Staat verpflichten.

Etat des Reichsjustizministeriums

Der Hauptauschuh des Reichstages beendete am Mittwoch die Beratungen über den Etat des Reichsjustizministeriums. — Abg. Dr. Kahl (D.B.) richtete an den Reichsjustizminister die Frage nach der Wirkung des Entlastungsgesetzes. Er verlangte eine Revision des jetzt sehr verwickelten Gerichtsverfahrens. Die verallgemeinernden Beschuldigungen der Justiz durch den Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.) sind übertrieben. Abg. Dr. Moles (U.S.) verlangte entsprechende Berichtigungen, die durch den Abg. Dr. Schuch (So.) vorgebracht wurden, die Einleitung einer Referentenliste im Reichsjustizministerium für weibliche Richterfragen. Die ablehnende Begründung des Ministers, daß damit gewartet werden müsse, bis die Frauen zum Schwören und Geschworenenamt zugelassen würden, ist nicht haltbar. — Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Das Entlastungsgesetz hat eine erhebliche Abmilderung nach unten zur Folge gehabt. Beim Reichsgericht macht sich jedoch eine wesentliche Entlastung nicht fühlbar, so daß die weitere Heraushebung der Revisionssachen demnächst Gegenstand eines Entwurfes bilden wird. Das Gerichtskostengesetz wird zur Zeit einer gründlichen Revision unterzogen. Das ganze Gerichtskostenystem soll wesentlich vereinfacht werden. Die Besetzung der Reichsgerichtsräte bildet einen Gegenstand erster Bejorgung. — Abg. Dr. Rosenfeld (U.S.): Den Vorwurf der Klassenjustiz gegen die deutsche Rechtsprechung erteile ich aufrecht. In politischen und in Strafprozessen verhalten die Richter die Angeklagten nicht und kommen deshalb zu ganz unrichtigen Urteilen. Auch das Reichsgericht läßt bei politischen Prozessen die nötige Objektivität vermissen. Im Ehecheidungsrecht ist endlich der ruhlose Säbnertermin vor dem Amtsgericht aufzuheben. Beim Strafvolk soll vor allem durch besondere Gefängnisse für Jugendliche dafür gesorgt werden, daß die Strafverbüßung nicht verfallend auf sie wirkt. Die Kunst muß vor Uebergriffen der Justiz geschützt werden. Eine allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen ist dringend notwendig. — Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Bezüglich der Reform des Ehecheidungsrechts bekräftigt sich der neue Entwurf einer Reformierung lediglich auf die Abänderung des § 1568 des B.G.B. Ein Entwurf des Jugendgerichtsgesetzes geht seiner zweiten Lesung im Reichsrat entgegen. Eine Neuerung über das Verhältnis von Kunst und Justiz behalte ich mir bei der Erörterung im Plenum vor, wo die gemeinsame Ansicht der Koalitionregierung in dieser sehr schwierigen Frage zur Diskussion gelangen wird.

Die Unruhen in Irland

London, 15. Februar.

In Belfast kam es heute erneut zu erbitterten Kämpfen. Eine große Anzahl von Personen wurde verwundet, ein Zivilist getötet.

London, 16. Februar.

Die Verluste bei den Zusammenstößen in Belfast seit Sonnabend betragen den Blättern zufolge: 35 Tote und etwa 100 Verwundete. Gestern wurde die Lage in der Stadt so bedrohlich, daß die Truppen in einer Straße zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit dem Bajonett gegen die Menge vorgehen mußten.

London, 15. Februar.

Aus Dublin wird gemeldet, daß die Räumung Irlands durch die britischen Truppen heute wieder begonnen habe.

Lloyd George tritt nicht zurück

London, 16. Februar.

Von amtlicher britischer Seite wird erklärt, daß die Gerüchte, Lloyd George beabsichtige zurückzutreten, vollkommen unbegründet seien. Von gut unterrichteter Seite verlautet jedoch, daß in politischen Kreisen die Ungewißheit bezüglich der unmittelbaren Zukunft der koalitionsfeindlichen Bewegung in der unionistischen Partei im wachen begriffen ist.

Der Vorkonferenz des Preussischen Landtags beschloß am Dienstag, in dieser Woche nur kleine Gegenstände zu erledigen. In der nächsten Woche beginnt dann die zweite Beratung des Haushalts, zunächst des Kulturhaushalts. Danach soll wieder eine einwöchige Pause zwecks Haushaltsvorberatung durch den Hauptauschuh eintreten. Zugleich soll auch der Grundsteuerauschuh tagen.

